

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig. Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II
Fernsprecher: 37 Janowitz 2120

Anzeigen die dreispalt. Peltzstelle 1 Wt. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinbarung auf Postcheck Alfred Riebel 11502, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsfchl. Freitag

Unterverbrauch zerstört die Wirtschaft.

Als eine der wichtigsten Ursachen für die Krise wird heute weithin die Ueberproduktion angesehen. Die Technik hat es ermöglicht, daß landwirtschaftliche und industrielle Erzeugnisse in bisher nicht-gedachter Fülle bereitgestellt werden können. Aber trotzdem können ungezählte Menschen nicht in den Besitz dieser Güter kommen, und die etwa 25 Millionen Arbeitslosen, die nach den Statistiken des Internationalen Arbeitsamtes in der ganzen Welt vorhanden sind, sind mehr oder minder eine „Armee des Hungers“. Diese würden ohne weiteres große Mengen der heute verfügbaren Lebensmittel und Güter aufnehmen können.

Solche Zustände haben sich in der Wirtschaftsgeschichte schon sehr häufig gezeigt, und schon seit Esmond wird besonders in Zeiten wirtschaftlicher Depression die Auffassung vertreten, daß nicht die Ueberproduktion eine Ursache der Krisis sei, sondern der Unterverbrauch. Es ist das Verdienst von Maurice Anfiang, Professor an der Universität Brüssel, erneut diese Frage in einem Aufsatz in der „Internationalen Rundschau der Arbeit“ (Augustheft) untersucht zu haben. Anfiang geht davon aus, daß der Gesamtertrag der wirtschaftlichen Tätigkeit ungleich verteilt wird. Ein Teil fließt den reicheren Schichten zu, die einen beträchtlichen Teil ihres Einkommens sparen, während der geringere Teil auf die unteren Schichten entfällt, die ihr Einkommen sofort zur Befriedigung des dringendsten Lebensbedarfs ausgeben müssen. Das ersparte Einkommen wird erneut in der Wirtschaft angelegt. Dadurch werden die Produktionsmittel sowohl qualitativ wie quantitativ vermehrt, während eine entsprechende Zunahme der Verbrauchsfähigkeit der Massen nicht stattfindet. Dieser Vorgang führt daher unvermeidlich zu einer Krise, zu Abnahmangel, Arbeitslosigkeit, Zusammenbruch vieler Betriebe und allgemeiner Verarmung. Jede Depression weist diesen tragischen Widerspruch zwischen übergroßer Produktion und unbefriedigtem Bedarf auf. „Es gibt eine Fülle von Lebensmitteln und Kleidung, und doch hungern die Völker und gehen in Lumpen.“

Anfiang weist sehr deutlich darauf hin, daß Ueberproduktion nicht dasselbe oder etwa nur die andere Seite des Unterverbrauchs ist; beide Erscheinungen gehen eng miteinander zusammen, sind aber völlig voneinander verschieden. Ueberproduktion bedeutet, daß Betriebe ihre Erzeugnisse nicht zu solchen Preisen verkaufen können, daß die Herstellungskosten gedeckt werden können. Bei der Theorie vom Unterverbrauch handelt es sich jedoch um die gesamte Wirtschaft und die soziale Struktur der Gesellschaft.

Um festzustellen, wie der Unterverbrauch wirtschaftszerstörend wirkt, muß man beobachten, welche Rolle er im Wirtschaftskreislauf spielt. Der Wirtschaftskreislauf beginnt mit einer Steigerung der Wirtschaftstätigkeit, wenn mehrere Voraussetzungen gleichzeitig erfüllt werden. Eine besteht darin, daß ein gewisser Kapitalüberschuß vorhanden sein muß, was an den niedrigen Zinssätzen zu erkennen ist. Sobald sich die Wirtschaft belebt, vermehren sich die Anlagemöglichkeiten für das Kapital. Es werden Schiffe gebaut, Eisenbahnen angelegt, Wohnungen errichtet, Fabriken rationalisiert usw. Es wird soviel Kapital investiert, als nur irgend möglich. Die Ersparnisse reichen nicht aus. Es werden daher auch noch Bankkredite in Anspruch genommen, und weil bei aufsteigender Konjunktur die Preise hoch sind, können die Zinsen für die Kredite ohne Schwierigkeiten gezahlt werden.

Diese ganze rege Wirtschaftstätigkeit ist aber nicht notwendigerweise durch eine tatsächliche Steigerung der Nachfrage seitens des Verbrauchs verursacht,

sondern nur durch die Erwartung einer solchen Nachfrage in naher oder nächster Zeit. Als Mitte der vierziger Jahre England begann, ein Eisenbahnnetz zu bauen, konnte niemand die Rentabilität dieser Bauten nachweisen. Mehrlich ging es in den letzten Jahren, als zahlreiche Automobil- oder Kunstseidenfabriken errichtet oder erweitert wurden und sich die Erzeugung von Gummi, Weizen, Öl und Zucker ständig steigerte. Dieser Aufwärtsbewegung lagen keine genauen Berechnungen, sondern nur unbestimmte Erwartungen darüber zugrunde, daß der Verbrauch steigen würde. Heute weiß man, wie stark man sich bei diesen Schätzungen verrechnet hat. Bei dem heute bestehenden freien Wettbewerb ist die Uebererschätzung der zukünftigen Absatzmöglichkeiten fast eine chronische Krankheit geworden. Jeder Betrieb erweitert genau so wie sein Konkurrent seine Betriebsanlagen. Wenn nun gegen Ende der Aufschwungsperiode ein Kapitalmangel eintritt, so daß ein weiterer Ausbau des Produktionsapparates nicht mehr möglich ist, so beweist dies nichts gegen die Theorie vom Unterverbrauch. Der Kapitalmangel besteht nicht gemessen am wirklichen Bedarf, sondern gemessen an der Uebererschätzung des zukünftigen Verbrauchs. Das Kapital reicht also nicht aus, um die Wünsche der Unternehmer zu befriedigen.

In der Regel ist die Ursache der Krisis die übermäßige Investierung von Kapital. Die Produktions- und Finanzbetriebe rechnen mit einer baldigen Zunahme des Verbrauchs von solchem Umfang, der erst sehr viel später, vielleicht in 10 oder 20 Jahren tatsächlich eintritt. Um ihre Produktionskapazität aber jetzt schon den zukünftigen Absatzmöglichkeiten anzupassen, sind sie gezwungen, alle Faktoren der Produktion zu überbeanspruchen, alle Kreditquellen auszuschoffen, die verfügbaren Ersparnisse zu benutzen, die Kohlenförderung, die Eisen-, Kupfer- und Stahlerzeugung zu beschleunigen, alle verfügbaren Arbeitskräfte anzustellen, den Arbeitstag zu verlängern und sogar in Nachtschichten arbeiten zu lassen. Die Preise für Produktionsmittel steigen, die Löhnen erhöhen sich und treiben die Verkaufspreise in die Höhe, so daß die Nachfrage nachläßt.

Die Depression ist nicht nur eine Entwicklungsstufe der Krisis, sondern auch eine Zeit, in der das Wirtschaftssystem, das durch den übertriebenen Optimismus in den Zeiten der Hochkonjunktur aus den Fugen geraten ist, wieder normal wird. Tatsächlich tritt jedoch, wie schon Robertus nachgewiesen hat, der Unterschied zwischen Kapital- und Arbeitseinkommen in der Konjunktur stärker hervor als in der Depression. In Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs steigen die Profite höher als die Löhne. Die Lohnsteigerung in Zeiten der Prosperität bedeutet keinesfalls, daß die Arbeiter auch ständig einen größeren Teil von dem Gesamtertrag der Wirtschaft erhalten haben.

Theoretisch ist das Ziel klar. Es müßte das beste Verhältnis zwischen dem Teil des Gesamteinkommens der Gemeinschaft, das für die Schaffung von Neuanlagen dienen soll und dem Teil, der dem Verbrauch an Fertigwaren zugeführt werden soll, ermittelt werden. Zinssuß und Gewinnschwankungen reichen nicht aus, um dieses Verhältnis zu bestimmen. Sie spiegeln häufig nur wider, inwieweit man sich allgemein über die Zukunftsaussichten in der Wirtschaft getäuscht hat. Die praktischen Schwierigkeiten werden noch durch die Schwierigkeit gesteigert, daß sich die Verbrauchssteigerung in der nächsten Zeit kaum abschätzen läßt. Man darf diese Schwierigkeiten aber auch nicht überschätzen. Ein großer Schritt nach vorwärts kann schon dadurch getan werden, daß man den Einkommensanteil der

merktätigen Massen an dem Gesamtertrag der Wirtschaftstätigkeit beträchtlich erhöht. Denn dies ist das beste Mittel, um zwischen Produktion und Verbrauch ein Gleichgewicht herzustellen, eine größere Stabilität der Wirtschaft zu erreichen und die Intensität der Krisis zu verringern.

Der Verbandstag in Stuttgart.

III.

Der dritte Verhandlungstag galt der Beschlußfassung über die Veränderung des Verbandsstatuts. Von den 151 Anträgen, die die Vorlage umfaßte, beschäftigten sich etwa 100 mit den finanziellen Bestimmungen des Statuts. Außerdem lag der Beratung eine Vorlage zugrunde, die von einer vom Hauptvorstand einberufenen Vorberatungskommission ausgearbeitet worden war. Kollege Riebel begründete die von der Kommission beschlossenen Kürzungsanträge bei den Unterstützungsabteilungen des Verbandes mit der Feststellung, daß sie das Mindeste seien, was jetzt im Hinblick auf die finanziellen Verhältnisse der Organisation geschehen müßte. Es sei mit Rücksicht auf die Gesamtlage unbedingt nötig, die Leistungsfähigkeit der Organisation für den Kampf um die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Mitglieder zu erhalten. Darum dürfe der noch vorhandene Rest des Verbandsvermögens nicht voreilig aufgebraucht, sondern die Ausgaben müßten so rasch wie möglich den Einnahmemöglichkeiten des Verbandes angepaßt werden.

Nach einer sehr eingehenden Aussprache wurde zunächst mit allen gegen drei Stimmen beschlossen, ganz allgemein bei allen Unterstützungsabteilungen die bisher in der Satzung vorgesehene Karenzzeit von 52 auf 65 Wochen auszudehnen.

Sodann wurde einstimmig beschlossen, auch arbeitslosen Berufsangehörigen die Möglichkeit des Beitritts zum Verband zu gewähren gegen Entrichtung eines Wochenbeitrags von 5 Pf. Das Eintrittsgeld soll erst dann von ihnen erhoben werden, wenn sie wieder in Arbeit stehen.

Hinsichtlich der Beitragshöhe wurde zunächst mit allen gegen 3 Stimmen beschlossen, das Eintrittsgeld in den Beitragsklassen I bis IV auf 30 Pf. in den Beitragsklassen V bis X auf 60 Pf. festzusetzen und die Lehrlinge vom Eintrittsgeld zu befreien. Die Beiträge selbst betragen bei Lehrlingen bis zum letzten Halbjahr der Lehre pro Woche 10 Pf., im letzten Halbjahr 30 Pf., bei Gehilfen gestaffelt in 10 Beitragsklassen, von einem Stundenverdienst von 30 Pf. ab mit 0,30 Mk., bis zu einem Stundenverdienst über 110 Pf. mit 1,20 Mk. pro Woche.

Die Lehrlingsbeiträge zu 10 Pf. werden bei Ausstellung eines Buches zu 30 Pf. umgerechnet.

In solchen Verwaltungsstellen, in denen der Hauptvorstand einen Lokalaufschlag genehmigt hat, haben die Mitglieder diesen nach denselben Bestimmungen zu entrichten wie die Verbandsbeiträge, wenn dieser auch nicht auf die Beitragsmarken aufgedruckt ist. Einzelm Mitglieder können freiwillig der Lokaltasse beitreten.

Die Höhe der Lokaltassenbeiträge für die einzelnen Beitragsklassen werden vom Hauptvorstand bestimmt.

§ 6. Ziffer 8 lautet nunmehr: Mitglieder, die zeitweise oder dauernd die Berufstätigkeit aufgeben, desgleichen Mitglieder, die nach einer anderen Berufsorganisation angehören, sowie ausgesteuerte Erwerbslose können durch Zahlung eines Wochenbeitrages pro Monat ihre Mitgliedschaft aufrechterhalten. Die Höhe des Beitrages richtet sich nach dem zuletzt während ihrer Berufstätigkeit gezahlten Beiträgen.

Diese Beiträge werden in diesem Ausnahmefall nur bei Bestattungshilfe und Invalidenunterstützung in Anrechnung gebracht. Anrechnung dieser Beiträge auf Erwerbslosenunterstützung besteht erst dann, nachdem diese Mitglieder wiederum mindestens sechs Wochen in einem Betrieb erwerbstätig waren und für diese Zeit fortlaufend Beiträge entrichtet haben.

Mitglieder, die ausgesteuert oder noch nicht bezugsberechtigt sind, sind im Falle der Erwerbslosigkeit zur Erhaltung ihrer Mitgliedschaft verpflichtet, wöchentlich eine Erwerbslosenmarke im Betrage von 5 Pf. als Hauptbeitrag zu zahlen. 50 Proz. von dieser 5-Pf.-Marke fließen in die Hauptkasse. Die Ortsverwaltungen können zu dieser Erwerbslosenmarke noch 5 Pf. Lokalzuschlag erheben. Befreit vom Kleben der Erwerbslosenmarke sind diejenigen, die nach § 6 Ziffer 8 monatlich einen Vollbeitrag zahlen.

Die Streikunterstützung beträgt nach einer Beitragszahlung von 13 Wochen das Zweifache, nach 52 Wochen das 2½fache, nach 156 Wochen das Fache und nach 260 Wochen das 3½fache des Grundbeitrags. Die Rinderzulage beträgt für das nicht erwerbstätige Kind bis zu 16 Jahren pro Kind und Woche die Höhe eines Wochenbeitrages ausschließlich des Beitragszuschlages für die Invalidenunterstützung und für die Lokalkasse.

Einstimmig angenommen wurde die neue Fassung zu § 28.

1. Absatz statt 52 ist zu setzen „65 Wochen“. In allen Beitragsklassen ist zu setzen statt 52 „65 Wochen“. Redaktionell: Das Wort „Mitgliedsdauer“ ist durch „nach Beitragsleistung“ zu ersetzen.

Als täglicher Unterstützungssatz gilt der einfache Wochenbeitrag.

Der Vorschlag über die Kurzarbeiterunterstützung fand mit 14 gegen 10 Stimmen Annahme.

Zusatz: Bei Kurzarbeit werden Mitgliedern, die bezugsberechtigt sind, folgende Unterstützungssätze gewährt:

- a) bei einer wöchentlichen Arbeitsdauer unter 3 Tagen ein Tag;
- b) bei einer wöchentlichen Arbeitsdauer unter 2 Tagen zwei Tage.

Bei einer Arbeitsdauer von 24 Stunden wird keine Erwerbslosenunterstützung gezahlt.

Bei der Invalidenunterstützung müssen für die Zukunft 780 Verbandsbeiträge (bisher 700) geleistet sein oder 520 Beitragszuschläge. Der Grundbetrag der Unterstützung beträgt monatlich bei einem durchschnittlichen Hauptlastenbeitrag:

	bei 780	1100	1500 Beiträgen
bis zu 50 Pf.	5,—	6,50	8,—
bis zu 80 Pf.	7,—	8,50	10,—
bis zu 110 Pf.	9,—	10,50	12,—
über 110 Pf.	11,—	12,50	14,—

Diejenigen Invaliden, welche bisher Unterstützung bezogen haben, erhalten von 700 bis 780 Beiträgen:

Männer 7.— M., Frauen 6.— M. Unter 700 Beiträgen: Männer 5.— M., Frauen 4.— M.

Die Beitragszuschläge betragen bei einem Hauptlastenbeitrag

von 40 Pf. und 50 Pf.	5 Pf.
von 60 Pf. und 70 Pf.	10 Pf.
von 80 Pf. und 90 Pf.	15 Pf.
von 100 Pf. bis 120 Pf.	20 Pf.

Für die Zukunft kann die Invalidenunterstützung auf Antrag des Hauptvorstand gewährt werden den Mitgliedern, die das 65. Lebensjahr erreicht und auf Grund ihrer Beitragsleistung Anspruch auf diese haben, nachdem sie mindestens ein Jahr arbeitslos sind.

Bei der Bestattungshilfe werden die Unterstützungen auf Grund der neu geleisteten Beiträge umgerechnet.

Unter § 33 (Bestattungshilfe) ist eingefügt worden:

Ziffer 4: Invalide Mitglieder können beim Tode der Ehehälfte nur die Hälfte der ihnen zustehenden Bestattungshilfe erhalten. Die restliche Hälfte wird nach Ableben des Mitglieds an die (nach Ziffer 1) berechtigten Hinterbliebenen ausgezahlt.

Ziffer 5: Der Antrag auf Bestattungshilfe ist innerhalb vier Wochen nach erfolgtem Todesfall bei der zuständigen Ortsverwaltung zu erheben. Wird diese Frist nicht eingehalten, so erlischt das Anrecht auf die Bestattungshilfe. Mit dem Antrage sind die Sterbeurkunde und das Mitgliedsbuch einzulegen.

Ueber den noch nicht erledigten Teil der Kommissionsvorschläge berichtete in der Nachmittagsitzung Kollege Blume.

Im § 4 Ziffer 2 des bisherigen Statuts heißt es bisher: „Der Ausschluss eines Mitglieds erfolgt auf Antrag der Verwaltungsstelle, der das Mitglied angehört.“ Der Hauptvorstand beantragt: „Ziffer 2 soll heißen: „Der Ausschluss eines Mitglieds erfolgt durch den Hauptvorstand.“ Dieser Antrag wurde gegen 5 Stimmen angenommen.

Die Leipziger Anträge zur Reduzierung der Beiträge im Hauptvorstand und im Erweiterten Vorstand wurden dem Vorstand überwiesen. Der Hauptvorstand soll das Recht haben, den Erweiterten Vorstand nur einmal im Jahr tagen zu lassen, wenn die Notzeit es erfordert.

Zum „Rechtsschutz“ wird beschlossen im § 35 Ziffer 1. Absatz 2 zu streichen. Unter Ziffer 2, Absatz 2 und Ziffer 3 wird eingefügt:

„Mit der Gewährung des Rechtsschutzes übernimmt der Verband nur die Verpflichtung, die Gerichtskosten und die Kosten des vom Verband bestimmten Anwalts auszuliegen. Der Verband behält sich vor, diese ausgelegten Kosten von dem Mitglied zurückerstattet zu verlangen.“

Der Rechtsschutz erstreckt sich immer nur auf eine Instanz und muß für eine höhere Instanz erneut beantragt werden. Er erlischt, wenn das Mitglied keine fahungsmäßigen Verpflichtungen nicht mehr erfüllt.“

Ueber die Beratungen der Gehaltskommission berichtete Kollege Riehmann. Infolge Verschlechterung der finanziellen Verhältnisse mußte der Erweiterte Vorstand bereits in den Jahren 1930 und 1931 Gehaltsabzüge vornehmen. Diese Senkung der Gehälter unserer Angestellten betrug bis zum Frühjahr d. J. 22 bis 24 Proz. Von einer Lohnerhöhung der Gehälter unserer Angestellten kann man nicht sprechen. Wir bewegen uns dabei auf durchaus normaler Grundlage. Andererseits müssen wir der Stimmung unserer Mitglieder Rechnung tragen. Deshalb schlägt die Kommission eine weitere Kürzung der Gehälter vor, die sich im Endeffekt zwischen 35 bis 60 M. pro Monat bewegt. Weiter schlägt die Kommission vor, die Anträge 147 bis 149 dem Erweiterten Vorstand zur weiteren Regelung zu überweisen.

Als letzter Debatteredner führte nach längerer Aussprache über die Gehaltsfrage der Kollege Walter (Breslau) aus: „Ich nehme an, daß der Kommissionsvorschlag den Verhältnissen entspricht. Ich bin aber der Meinung, daß wir als Delegierte die Pflicht haben, in aller Deutlichkeit zu erklären, daß endlich damit Schluss gemacht werden muß, daß immer wieder die Gehaltsfrage als Streitobjekt in die Gewerbekassen hineingetragen wird. Wir sind uns doch klar, daß das von der Gegenseite geschieht, die dies Mittel benutzt, um unsere Gewerbekassen zu zerstückeln. Von den Gehältern, die von den Angestellten der rechten oder linken Kreise bezogen werden, spricht man nie.“

Die Vorschläge der Kommission werden bei Stimmenthaltung der Angestellten mit 21 gegen 2 Stimmen angenommen.

Zur Wahl der Verbandsleitung schlägt Kollege Hohl die en-bloc-Wiedewahl der Angestellten im Hauptvorstand vor. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Als Beisitzer im Hauptvorstand werden die Kollegen Völk, Ofen, Strauß und Zander wiedergewählt. Desgleichen als Revisoren die Kollegen Harber, Leud, Meier und Kemmer. Damit waren die Aufgaben des Verbandstages erledigt. Kollege Wahler wünscht, zugleich im Namen der übrigen Gäste, daß sich die Beschlüsse des Verbandstages zum besten Erfolg für den Verband auswirken mögen. Kollege Ofen erstattet im Namen des Verbandstages der Verwaltung Stuttgart den besten Dank für die liebevolle Aufnahme in der schönen Stadt Stuttgart.

In einem kurzen anfeuernden Schlusswort läßt Kollege Gerhardt noch einmal die Tagung Revue passieren. Die Kollegen waren mit großer Liebeszeugungstreue bemüht, die Beschlüsse, die sie fassen, dem Ernst der Zeit anzupassen. Ob wir sie reiflich durchhalten können, muß die Zukunft zeigen. Einig ist der Verbandstag darin, daß wir immer für unsern Verband eintreten werden. Mit einem dreimaligen Hoch auf den Sattler-, Tapezierer- und Portefeinler-Verband wurde der Verbandstag geschlossen.

Sonnenglaube.

Die Sommerjonne liegt brütend über der Erde. Es ist uns heiß. Kaum können wir die Hitze ertragen. Welch ungeheure Energien strömt doch der Sonnenball aus! Seit Jahrtausenden und Jahrmillionen! Und immer neu!

Ohne diese ewigen Energien der Sonne würde kein Leben sein. Wir können nicht ohne Licht gedeihen. Aber ohne die Energie der Sonne hätten wir auch nicht zu essen. Durch diese unbegreifliche Strahlungsenergie der Sonne wandelt die Pflanze die Kohlenäure der Luft um zu Zucker und Sauerstoff. Ohne diese pflanzliche Arbeit, der die Sonne die Energie liefert, würde kein Leben von Menschen und Tieren sein. Alle Nahrungsmittel, die Menschen und Tiere gebrauchen, entstammen letzten Endes der Pflanze. Und die kann nur durch die Sonnenkraft ihre chemischen Wandlungen im Sinne des Lebens vollziehen.

Mit 6000 Grad Hitze arbeitet diese Sonne. Und dabei ist diese unsere Sonne, der wir all unser Leben danken, nur ein winziges Glied im Sonnenall. Es gibt Sonnen, die 30 000 Grad Hitze haben und mehr. Man hat gar 100 000 Grad errechnet, wenn diese Zahl hypothetisch auch noch nicht ganz bewiesen ist. Es gibt Sonnen, die 20 000 mal so stark sind wie unsere Sonnen.

Und was vermag unsere Sonne! Wieviel Pracht und Fülle hat sie erzeugt, hegt sie und pflegt sie! Welche Freude bringt diese Sonnenscheinheit der Erde! Und unter all diesen Wundern als höchstes der Mensch!

Was bedeuten denn da jene anderen, noch gewaltigeren Energien der Sonnen des Alls? Wie wirken die sich denn aus? Gehen sie ganz verloren? Oder gibt es im All noch andere Stätten des Lebens in Farbe und Fülle und Glück? Vielleicht noch viel herrlichere?

Wir sehen die Sonnenfreude da überall um uns. Und wir stöhnen in lachender Sonne vor Lebensglauben und Lebenskraft. Und wir fühlen heiligste

Tiefen des Lebens, der Seele, der Liebe, des brüderlichen Umpannens.

Nur wir?

Wir stehen staunend vor dem Unerfahlichen des Sonnenalls. Das uns geschaffen hat und das wir doch nicht begreifen.

Dessen tiefste Erfüllung wir nur ahnen erleben — in uns. In unserer Ehrfurcht. In unserem Glauben.

Und in unserer sozialen Tat am Aufbau zum Glück, mit der wir unsere heiligsten Gefühle jauchzend betreiben.

Dr. G. H.

Leib und lies!

Die Arbeitslosigkeit wird furchtlich um so leichter überstanden, je mehr der einzelne Arbeiter seinem Leben auch geistigen Inhalt gibt. Darum auch überall der Versuch, für Erwerbslose besondere Vorträge oder künstlerische Darbietungen zu veranstalten.

Aber auch die allgemeine Volksbildung gehört zu den Werten, die der Arbeitslose gerade heute nicht entbehren kann. Es ist gewiß das Ideal, eine eigene Bibliothek zu erwerben. Aber wer kann das heute so, wie er möchte? Da muß uns die öffentliche Bibliothek helfen. Ruhe sie!

Auch der geistig Größtsten einer, Goethe, kaufte nicht alles, was er las, in der Buchhandlung. Er hat auch die öffentliche Bibliothek benutzt, und zwar in einer Weise, die uns staunen läßt.

Goethe war uns als Bibliothekbenutzer bis jetzt nicht genauer bekannt. Aber nun hat die wissenschaftliche Hilfsarbeiterin an der Landesbibliothek in Weimar, v. Keudell, ein Buch herausgegeben, das fast nichts anderes enthält als Namen und Büchertitel. Und was wir da genannt finden, das sind all die Bücher, die Goethe während seines Lebens in Weimar aus der Weimarer Landesbibliothek entliehen hat.

Es war eine ganz stattliche Zahl. Mehr als 2000 Bände. Das letzte Buch, das er entlieh, war das 2276. Und das ließ er eine Woche vor seinem Tode.

Recht interessant ist es, die Art der Bücher zu studieren, die der Dichter in all den Jahrzehnten benutzte. Sie gehören verschiedenen Gruppen an. Je nach dem, das den Dichter beschäftigte, war auch die Benutzung. Er trieb Vorstudien für die eigenen Werke. Er studierte Werke über Kostüme als Theaterdirektor, der er ja auch einmal in Weimar war. Er las Bücher, die sich auf Schillers Vorstudien zu dessen Werken erstreckten und die beweisen, wie innig die geistige Zusammenarbeit der beiden Dichter gewesen ist. Ja, er entlieh sich sogar selbst. Er ließ eigene Werke, da er diese Bücher seiner eigenen Feder gerade nicht mehr zu Hause hatte. So wie er auch von Schillers Werken etwas aus der Bibliothek entlieh. Und wir erfahren bei der Gelegenheit, daß Goethe überhaupt nicht alles so besaß, wie wir es uns denken. So hatte er den Schiller, den heute mancher Arbeiter vollständig besitzt, nur im Auszuge.

Diese interessanten Beobachtungen, die wir an Hand der Benutzung von Bibliotheksbüchern durch Goethe über seine geistige und schöpferische Entwicklung machen können, legen die Anregung nahe, auch unfersterseits einmal aufzuschreiben, was wir lesen, was wir aus öffentlichen Bibliotheken oder von Bekannten und Freunden oder aus der eigenen Bibliothek lesen und geistig in uns verarbeiten. Es wäre besonders für die lesende Jugend später einmal recht lehrreich, zu sehen, wie sich die geistige Entwicklung des einzelnen von Jugend auf vollzogen hat.

Aber diese Liste würde dann auch zugleich wahrscheinlich einen Einblick in die proletarische Weltgeschichte geben können. Die Liste der gelesenen Bücher würde auch zeigen, welche großen Probleme die Arbeiterklasse jemeils beschäftigten und welche sozialen und kulturellen Sonderaufgaben jeweils zu lösen gewesen sind.

Die wirtschaftliche und politische Situation.

Das groß angelegte Referat des Genossen Fr. Tarnow wurde auf dem Verbandstag von allen Anwesenden mit größter Aufmerksamkeit angehört und stellte zweifellos den Mittelpunkt des Verbandstages dar.

Staat und Wirtschaft sind heute soweit zusammengewachsen, und die Regelung der Arbeitsverhältnisse durch die Staatspolitik ist so entwickelt worden, daß die Gewerkschaften auf einen wichtigen Teil ihrer Aufgaben verzichten würden, wenn sie sich nicht auch um die politischen Fragen unmittelbar kümmern wollten.

es heißt Sozialismus.

Zu diesem Ziel können wir nur gelangen, wenn wir um die politische Macht kämpfen. Es hat sich bei uns die Auffassung durchgesetzt: die Demokratie ist die beste Methode zur Erringung der politischen Macht.

Wir haben durch die Revolution, soweit die Staatsform in Betracht kommt, einen 100prozentigen Sieg unserer Idee errungen, und trotzdem haben wir heute eine Regierung, die nicht demokratisch ist.

Aber welche andere aussichtsreichere Methode können wir anwenden? Die Gegner der Demokratie in unseren Reihen haben das Schlagwort „Diktatur des Proletariats“.

Sie wissen, im Kriege pflegt der Hebe Gott immer bei den stärksten Bataillonen zu sein, heute muß man sagen, bei den am stärksten bewaffneten Bataillonen.

Sie wissen, im Kriege pflegt der Hebe Gott immer bei den stärksten Bataillonen zu sein, heute muß man sagen, bei den am stärksten bewaffneten Bataillonen.

Das Tempo dieser Entwicklung könnte aus ökonomischen wie aus psychologischen Gründen leicht eine Beschleunigung erfahren.

Unsere praktische Aufgabe für die Zukunft ist es, den Scheinsozialismus zu entlarven, und daß wir versuchen, klare politische Fronten herauszustellen, orientiert an den beiden Begriffen: Kapitalismus und Sozialismus.

Wir sehen auf der anderen Seite nicht eine Bewegung mit gemeinsamem ökonomischem und sozialem Fundament, sondern einen zusammengelaufenen Heerhaufen von allen möglichen sozialen Interessengruppen.

Hat wirklich die demokratisch-parlamentarische Staatsform verfallen, oder ist es nicht vielmehr so, daß der Gebrauch, der von dem System gemacht

worden ist, verfallen hat? Wir haben uns vielleicht geirrt, wenn wir annahmen, daß ganz automatisch auf dem Boden einer demokratischen Staatsform die politische Macht der proletarischen Klasse zumachen müsse.

Ohne die Spaltung der Arbeiterklasse wären wir heute der Macht näher, wäre weder eine Regierung Papen, noch auch eine Regierung Brüning möglich gewesen.

Die ökonomische Entwicklung hilft uns dabei zweifellos. Die ökonomischen Verhältnisse kommen uns jetzt entgegen. Die Entwicklung zum Sozialismus drängt sich zwangsläufig auf, und das muß auch eine neue Ideologie erzeugen.

Die jetzige Regierung hält offenbar die nationale oder besser nationalsozialistische Bewegung für eine geeignete Grundlage für ihre Erhitten.

Zur Zeit steht in Deutschland das gesellschaftliche Bewußtsein im schärfsten Gegensatz zu den ökonomischen Verhältnissen. Aber die ökonomische Entwicklung selbst wird die politischen Erkenntnisse wieder klären.

Das Tempo dieser Entwicklung könnte aus ökonomischen wie aus psychologischen Gründen leicht eine Beschleunigung erfahren.

Unsere praktische Aufgabe für die Zukunft ist es, den Scheinsozialismus zu entlarven, und daß wir versuchen, klare politische Fronten herauszustellen, orientiert an den beiden Begriffen: Kapitalismus und Sozialismus.

Wir sehen auf der anderen Seite nicht eine Bewegung mit gemeinsamem ökonomischem und sozialem Fundament, sondern einen zusammengelaufenen Heerhaufen von allen möglichen sozialen Interessengruppen.

Hat wirklich die demokratisch-parlamentarische Staatsform verfallen, oder ist es nicht vielmehr so, daß der Gebrauch, der von dem System gemacht

Regime zu besettigen. Das ist ihnen bis zu einem gewissen Grade gelungen und nun müssen sich nach den Gesetzen der Geschichte die sozialen Gegenkräfte in diesem Heerhaufen entwickeln.

Das geschieht aber nicht durch „Aktionen“, denen ein gewalttätiger Charakter anhaftet. Deshalb ist auch der Kampf gegen die zerfallende und jermürende Wirkung der RSD. mit aller Entschiedenheit zu führen; denn wer die Gewerkschaften kampfunfähig macht, verfehlt sich gegen die Klassenmoral der Arbeiterklasse.

Wenn es gelänge, die sozialistisch denkenden Menschen in Deutschland zu einer politischen Machteinheit zusammenzubringen, dann bräuchten wir keine Sorgen mehr zu haben, dann hätten wir den Machtboden, auf dem die ökonomische und soziale Umformung leicht vollzogen gehen können.

Wenn ich sage, ich habe keine Angst für den Bestand unserer Organisationen, so kalkuliere ich dabei natürlich die Kraft ein, die in unserer Bewegung steckt.

Anschließend an das mit stürmischem Beifall aufgenommene Referat des Genossen Fr. Tarnow entspann sich eine lebhaft Debatte, an der sich die Kollegen Galm, Rietzmann, Osten und Fröbel beteiligten.

Anmerkung der Redaktion: Es ist natürlich nicht möglich, das Referat Tarnows und die Ausführungen der Debattierenden im Verbandsorgan wörtlich wiederzugeben.

Castrienerparolen.

Die undurchsichtige politische Konstellation im Reich hat zum Auftreten von allerlei Gerüchten über angebliche Pläne der regierenden Kreise geführt.

„Da die SPD bereits Beschlüsse gefaßt hat, die an ihrer oppositionellen Stellung zu jeder Rechtsregierung keinen Zweifel zulassen, wird sich zwar niemand vorstellen können, was eine solche Regierung dem Reichstage gegenüber mit einer „Tolerierung“ durch die Gewerkschaften anfangen könnte, aber der verkehrten Phantasie der „Roten Fabne“ sind solche Grenzen der Logik eben nicht gesetzt.“

Wir erklären nachdrücklichst, daß der ADGB. allen Kombinationen über Wachbildungen an der Spitze des Reiches abfolgt fernsteht und an Verhandlungen über die Bildung einer neuen oder die Umbildung der gegenwärtigen Regierung unbeteiligt ist. Wenn wir die Art der Anteilnahme des ADGB. an der Gestaltung der politischen Führung im Reiche kennzeichnen sollen, so müssen wir feststellen, daß der ADGB. nur von dem einen Bestreben geleitet ist, seine Unabhängigkeit von jeder Regierung, wie immer sie beschaffen sei, in vollem Umfange sicherzustellen."

Kommt ein Konjunkturmchwung?

Die Weltwirtschaftskrise hat begonnen mit einem Preissturz der Rohstoffe und der Lebensmittel. In den letzten Wochen ist nunmehr ein bemerkenswerter Umchwung in der Tendenz der Preise für Rohstoffe eingetreten. Die Preise für Textilrohstoffe — Baumwolle, Jute, Rohseide, Wolle — sind erheblich gestiegen. Der Weltmarktpreis für Zucker hat sich gegenüber seinem Tiefstand vom März verdreifacht. Der Kaffeepreis ist von seinem Tiefstand auf beinahe das Doppelte gestiegen. Die Gründung des internationalen Exportkartells für Zucker und die Vernichtung gewaltiger Kaffeevorräte in Brasilien führten endlich zum erwarteten Ziel der Preissteigerung. Zum ersten Male stiegen auch die Kupferpreise an, die unter allen Metallen sogar den größten Preisgewinn verzeichneten.

Mit am ersten und wohl auch am kräftigsten hat sich diese Steigerung der Rohstoffpreise auf dem Häutemarkt gezeigt. Sowohl auf den deutschen Häuteaktionen wie auch bei überfremden Häuten (Wildhäuten) zogen die Preise merklich an. Die bisher für deutsche Felle erzielten Preissteigerungen bewegen sich etwa um 10 bis 15 Proz., während bei argentinischen Wildhäuten noch höhere Preisaufschläge vorliegen.

In den Kreisen unserer Fabrikanten wird diese Entwicklung sehr aufmerksam beobachtet. Die Lederindustrie ist natürlich nicht abgeneigt, sich auf diese Entwicklung einzustellen und die Lederpreise ihrerseits zu steigern. Im Wege ist ihnen dabei, daß das Geschäft am Ledermarkt zurzeit außerordentlich still ist. Einige kapitalkräftige Firmen, die mit einer Haufe auf dem Ledermarkt bestimmen können, sollen größere Ledereinkäufe getätigt haben. Es mehren sich die Stimmen, die sich dahin aussprechen, daß der Tiefstand der Krise erreicht oder sogar schon überwunden sei.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika wurden zu Stützungswecken und zur Arbeitsbeschaffung große Mittel zur Verfügung gestellt, um die Vorbedingungen für einen Konjunkturaufstieg zu schaffen. Aus den in den letzten Wochen erfolgten Steigerungen der Aktienkurse und Erhöhung der Preise für eine Anzahl von Rohstoffen will man nun darauf schließen, daß der Zeitpunkt für die Konjunkturwende bereits eingetreten ist, doch ist noch nicht klar zu sehen, inwiefern die erfolgten Preissteigerungen nur mit den staatlichen Stützungsaktionen in Zusammenhang stehen und von einem Rückschlag abgelöst werden können.

Trotzdem entbehrt die Annahme, daß die Haufe der Aktien und der Rohstoffe in den Vereinigten Staaten einen Konjunkturaufschwung ankündigt, nicht der Begründung, die Warenvorräte sind außerordentlich niedrig, die Großhandels- und Kleinhandelspreise sind jetzt um mehr als ein Drittel, die Börsenkurse um rund drei Viertel niedriger als im Februar 1930. Ein Bedarf der Unternehmungen an Ertragsbauten, die in den letzten Jahren zurückgestellt wurden, ist vorhanden. Da sich nun auch die Kreditlage gebessert hat, die Steigerung der Kurse der Obligationen, die gleichzeitig mit der Aktienhaufe einsetzte, die Kreditunterlagen verbesserte und viele eingetragene Kredite auf-tauchen ließ, die Banken aber dank ihrer erhöhten Liquidität zur Kreditgewährung bereit sind, können sich die bereits vorhandenen Aufstiegskräfte auswirken. In einem solchen Moment kann die Anurbelung der Produktion durch Arbeitsbeschaffung der öffentlichen Hand, für die 1 bis 2 Milliarden Dollar durch die Reconstruction Finance Corporation bereitgestellt sind, besonders wirkungsvoll einwirken, um auch die Nachfrage der privaten Unternehmungen nach Waren und Krediten anzufachen. Es wird hervor-gehoben, daß die erwähnten Einrichtungen zur Bereinigung der Kreditlage und zur Herbeiführung einer Geldfülle nur Propagandamittel zur Präsidentenwahl sind. Die Ursache aber, der jene Einrichtungen ihr Entstehen verdanken mögen, ändert nichts daran, daß sie bei dem Konjunkturmchwung, sobald dessen Bedingungen gegeben sind, nützliche Dienste leisten können. Man kann deshalb die Möglichkeit nicht von der Hand weisen, daß die Haufe für Aktien und Rohstoffe in den Vereinigten Staaten in der Tat eine Konjunkturverbesserung ankündigt.

In Deutschland ist das Reichskabinett v. Papen über die Ankündigungen künftiger Großkuren auf dem Gebiet der Wirtschaftsankurbelung noch nicht hinausgekommen. Die maßgebenden Unternehmerkreise sehen immer noch im Vordruck die einfachste

Methode der Krisenbekämpfung. Deshalb kann die Krise mit Aussicht auf Erfolg nur durch Einbau gemeinschaftlicher Elemente bekämpft werden. Den einzigen erfolgversprechenden Ausweg aus der Krise bietet nur die sozialistische Wirtschaftspolitik.

Verbandstag der Metallarbeiter in Dortmund.

In der Vorwoche waren die Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zusammen. Der Vorsitzende Brandes schilderte in seinem Bericht die furchtbaren Auswirkungen der Krise auf die Metallindustrie. Das kapitalistische System habe die Fähigkeit verloren, von sich aus die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Das deutsche Unternehmertum kenne nur ein Rezept gegen die Krise: Lohn- und Sozialabbau. Noch besteht das große Tarifgebäude der Gewerkschaften, dieses Hindernis eines völligen Lohnsturzes. Die Scharfmacher wollen es zerstören, um in der Lohngestaltung freie Hand zu haben. Der Grundlag der Unabdingbarkeit der Tarifverträge soll fallen. Wird erst die Unabdingbarkeit aufgegeben, so ist der Tarifvertrag praktisch erledigt, und damit wäre ein Schlag gegen die Rechtsstellung der Arbeiter in Staat und Wirtschaft geführt, der nicht nur tiefgehende Folgen für die Arbeiter, sondern auch für die Wirtschaft und für den Staat haben müßte. — In der Aussprache wandelten sich viele Redner gegen die Verheerung der Arbeiterkraft durch die kommunistische Führung. In der Arbeitsdienstfrage wurde schärfste Ueberwachung der örtlichen Vorgänge durch die Ortsausschüsse gefordert. Für die Verkürzung der Arbeitszeit lehnte sich der Kongress mit allem Nachdruck ein.

Verbandsvorsitzender Reichel hielt einen aufschlußreichen Vortrag über die Neuordnung der deutschen Wirtschaft. Er wandte sich gegen die zweifelhafteste Stärke der sog. „revolutionären“ Organisationen.

Die Beratung der Anträge zur Sanierung der Verbandsfinanzen wurde vom Kassierer Scholl mit aufmerksam verfolgten Ausführungen eingeleitet. Er legte die Notwendigkeit der Änderung der Bestimmungen über die Unterstüfung der Arbeitslosen dar. Seit dem Beginn der Krise habe der Metallarbeiterverband 34 Millionen Mark mehr ausgegeben als eingenommen. Der Verbandsvorstand schlage eine Staffellung der Bezugsdauer der Erwerbslosenunterstüfung nach Beitragsjahren vor. Die Bezugsdauer solle nicht mehr generell 15 Wochen betragen, sondern je nach der Zugehörigkeit zur Organisation 7 bis 12 Wochen. Die Karenzzeit zum Wiederbezug von Erwerbslosenunterstüfung bitte der Verbandsvorstand von 72 auf 92 Wochen zu erhöhen. An der Höhe der Erwerbslosenunterstüfung solle nichts geändert werden. Bei allen anderen Unterstüfungszweigen, mit Ausnahme der Umzugs- und Reiseunterstüfung, die etwas gekürzt werden sollen, erlaube der Vorstand die Delegierten, von Änderungen Abstand zu nehmen. Für den Fall, daß bis zum nächsten Verbandstag die finanzielle Lage der Organisation solche Maßnahmen zur Bilanzierung von Einnahmen und Ausgaben erforderlich mache, erbitte der Vorstand die Vollmacht, zusammen mit dem erweiterten Beirat die notwendigen Beschlüsse fassen zu dürfen.

Diese Ermächtigung wurde vom Kongress erteilt. Ebenso wurde der Vorschlag des Vorstandes für die Neuordnung der Erwerbslosen- sowie der Reise- und Umzugsunterstüfungen angenommen. Der Beitrag bleibt unverändert.

Die Wahlkommission schlug die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes, der Schriftleitung und des Vorsitzenden des Verbandsausschusses vor; diesem Vorschlag stimmte der Verbandstag fast einstimmig zu. Die Bestimmung des Tagungsortes für den nächsten Verbandstag wurde dem Verbandsvorstand und dem erweiterten Beirat überlassen.

Sprachkurse.

Anfang September beginnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins neue Anfängerkurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch und Russisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen werden besondere Mittel- und Oberkurse eingerichtet. Gleichzeitig beginnt ein Kursus für „Einheitsstenographie“, sowie „Richtiges Deutsch“. Dieser Kursus wird behandelt: Mündliche und schriftliche Übungen in Rechtschreibung, Sprachlehre und Satzzeichenkunde; Fremdwortkunde, „mir“ oder „nich“, grammatische Schwierigkeiten, Satzlehre, Anfertigung von Aufsätzen usw. Zur Deckung der Kosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 9 Mk. erhoben, Erwerbslose zahlen 5 Mk. Die Lehrmittel werden in allen Kursen unentgeltlich geliefert. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachenschule: E. 54, Rolenthaler Str. 13 (nahe S-Bahn Börse und U-Bahn Weinmeisterstraße). Das Schulbüro ist werktäglich außer Sonnabends von 2 Uhr mittags bis 9 Uhr abends geöffnet.

Rundschau

Von der Leipziger Krisenmesse. Die diesjährige Leipziger Herbstmesse wird von annähernd 6000 Firmen des In- und Auslandes besucht. In der Stadt sind 34 Wohnhäuser besetzt. Neben der Neubaumesse und der Messe für Betriebsbedarf auf dem großen Gelände sind mehrere Hallen von dem erstmals ausgemachten Landwirtschaftsmarkt belegt. Eine besondere Anziehungskraft bildet die Kellermesse des Ringmeiselaufes. Die Aussteller der Lederwarenindustrie stellen ihre Kollektionen überwiegend im „Speks Hof“ aus. Andere sind untergebracht in der „Untergrundmehlsalle“, im „Zeißighaus“, im „Dresdner Hof“, im „Janfa-Haus“ usw.

Der Bevölkerungsrückgang in Frankreich. Während die westeuropäischen Länder dem französischen Beispiel der Geburtenregelung nachahmen und von Jahr zu Jahr sinkende Geburtenziffern aufweisen, nimmt der Prozeß des Bevölkerungsrückgangs in Frankreich selbst seinen Fortgang. Ein französischer Statistiker berechnete kürzlich, daß die Bevölkerungszahl, die 1930 sich auf 40 700 000 belief, bis 1980 auf 29 Millionen sinken würde, falls bis dahin die Sterblichkeit nicht wesentlich zurückgeht. Bei der Ueberalterung im französischen Altersaufbau, wo die Zahl der Jugendlichen stets zurückgeht, ist jedoch mit der Verringerung der Sterblichkeitsquote kaum zu rechnen. Der Geburtenausfall während des Krieges wird in den nächsten 5 Jahren, wenn die in den Kriegsjahren Geborenen ins heiratsfähige Alter treten, die Ursache für eine Abnahme der Bevölkerung um 1 200 000 sein. Jährlich wird in den nächsten 5 Jahren mit einem Ueberfluß der Sterbefälle über die Geburten um je 120 000 für beide Geschlechter zu rechnen sein.

Bücherschau

Die Versorgung der Arbeitslosen nach dem neuesten Stand der Gesetzgebung. Von Franz Spliedt und Dr. Bruno Broderer. Berlin 1932, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. 62 Seiten, Preis 40 Pf., Organisationspreis 30 Pf.

Das Recht der Arbeitslosenunterstüfung ist seit der Rotterdamerung vom 14. Juni d. J. noch viel unübersichtlicher geworden als schon zuvor. Zahlreiche Gesetze greifen ineinander, so das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, die Verordnung über die Krisenfürsorge, die Verordnung über die Fürsorgepflicht, die Reichsgrundzüge über Veranlassung, Art und Höhe der öffentlichen Fürsorge, die neue Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst und viele andere. Die beiden Verfasser, bekannt als Kommentatoren des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, beide auch Mitglieder des Vorstandes der Reichsanstalt, haben es sich zur Aufgabe gesetzt, in einer möglichst kurzen populären Darstellung die gesamten in Frage kommenden Vorschriften unter Beschränkung aller Ueberflüssigkeiten zusammenhängend darzustellen.

Rechenbeilagen: Die Arbeitslosenversicherung, die Krisenfürsorge, die Krankenversicherung der Arbeitslosen, das Unterstüfungsverfahren, die öffentliche Fürsorge, die Kurzarbeitsunterstüfung, die Maßnahmen zur Verhütung und Beendigung der Arbeitslosigkeit, der freiwillige Arbeitsdienst und die Pflichtarbeit. Ein zum Sachregister ausgearbeitetes Inhaltsverzeichnis und viele Beispiele im Text ermöglichen einem jeden schnelle und sichere Orientierung.

Am eine möglichst weite Verbreitung dieses wichtigen und allseitig gebührenden Hilfsmittels zu gewährleisten, ist nicht nur auf eine auch dem Laien verständliche Ausdrucksweise, sondern auch auf eine möglichst billige Preisgestaltung Wert gelegt worden.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 28. August bis zum 4. September ist der 36. Wochenbeitrag für das Jahr 1932 fällig.

Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Achtung! Berichtskarten einpenden!

Wir eruchen die Ortsverwaltungen, die die Berichtskarten für August 1932 noch nicht eingepandt haben, das Vermaute bis spätestens zum 8. September nachzuholen.

Adressenänderungen

Magdeburg. Kassierer Walter Grün, Leipziger Straße 1a.

Kostof 1. Medib. Vorsitzender Artur Buchholz, Greifswalder Str. 6.

Sterbefälle.

Gestorben ist:
Frankfurt a. M. Am 22. August unser innig geliebte Kollege, der Tapezierer Eduard Ardrer, im Alter von 59 Jahren, nach 34jähriger Mitgliedschaft.

Ehre seinem Andenken.